

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/LSV/14. LSV-Ausschuss



Protokoll

**14. Sitzung des LSV-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil
am Donnerstag, 09.12.2021 im Saal des ehemaligen Kreissparkassengebäudes,
Sparkassenplatz 1**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:22 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß

Schriftführerin: Anja Lackner

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Dahms, Valentina

Frick, Roland

Gressierer, Alexander

Mayr, Piet

Ziegltrum-Teubner, Sonja

Zistl, Josef

anwesend ab 15:05 Uhr

GRÜNE-Fraktion

Greithanner, Franz

Obermayr, Angelika

Ruoff, Veronika

anwesend ab 15:05 Uhr

SPD-Fraktion

Platzer, Elisabeth

AuG ÖDP-Linke

Glaser, Renate, Dr.

Abwesend sind:

FW-BP-Fraktion

Ossenstetter, Simon

Weindl, Max

AuG ÖDP-Linke

Ottinger, Marlene

entschuldigt

AfD-Fraktion

Pelz, Heidelinde

entschuldigt

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Anja Lackner
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Allgemeine Informationen zur Planung und dem Betrieb von PV-Anlagen
Vorlage: 2021/0509
- TOP 4 Bericht über den Stand der Energieverbräuche und die Klimaschutzmaßnahmen an den kreiseigenen Liegenschaften
Vorlage: 2021/0494
- TOP 5 Klimaneutralität landkreiseigene Liegenschaften; Antrag der Fraktion ödp/DIE LINKE vom 01.09.2021
Vorlage: 2021/0455/1
- TOP 6 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 7 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 8 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 9 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Das Protokoll der Sitzung vom 29.09.2021 ist noch offen.

Gegen die Tagesordnung gibt es keinen Einwand, somit ist diese einstimmig genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Allgemeine Informationen zur Planung und dem Betrieb von PV-Anlagen
-------	---

2021/0509

13

Vorberatung

11. LSV-Ausschuss am 21.07.2021

Sachvortragende(r):

Bernd Busse, IB Specht – Ingenieurbüro für Energiewirtschaft und -technik

Beate Müller-Meisinger, Sachbearbeiterin SG 13, begrüßt Bernd Busse vom Ingenieurbüro Specht. Dieser informiert über die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

KRin Sonja Ziegltrum-Teubner bittet um weitere Erläuterung über die mögliche Abschaltung von PV-Anlagen ab einer Größenordnung von 100 kWp für den Fall, dass zu viel Strom ins Netz eingespeist wird. Dabei geht sie auf die Ausführungen von Bernd Busse ein, wonach konventionelle Energie immer mehr verdrängt wird. Sie informiert sich, inwieweit so viel Strom aus erneuerbarer Energie im Netz sei, dass dieser Strom und nicht der aus konventioneller Energie abgeschaltet werde.

Hier müsse die geplante und ungeplante Abschaltung differenziert betrachtet werden, so Bernd Busse. Als Beispiel für eine geplante Abschaltung erneuerbarer Energien nennt er Schwierigkeiten bei der Weiterleitung von grünem Strom aus dem Norden in Richtung Süden. Dies würde auf Basis eines Berechnungsmodells festgestellt und die Anlage entsprechend abgestellt werden (sog. Redispatchmaßnahme). Bei Vorliegen einer ungeplanten Abschaltung (z. B. durch Ausfall eines Großverbrauchers) kursiere zu viel Strom in Netz und es müsse schnell reagiert werden, als letzte Maßnahme ggf. auch durch Abschalten einer Anlage, betrieben durch erneuerbare Energien.

Nach dem Kenntnisstand von KRin Veronika Ruoff ist die gemeinsame Nutzung von Solarthermie und PV-Anlagen nicht möglich, denn gerade die Wärmestrahlung solarer Energie sei für PV-Anlagen unverträglich. Dahingehend bittet sie Bernd Busse um Stellungnahme. Auch erkundigt sie sich, inwieweit das kommunale Energieversorgungsunternehmen „Eberwerke“

bereits den, durch die kreiseigenen Liegenschaften erzeugten Strom, ins Netz einspeisen bzw. als Direktvermarkter fungieren würde bzw. ob eine derartige Rolle denkbar wäre.

Im Rahmen seiner Präsentation habe er lediglich die Möglichkeit einer hybriden Anlage, bestehend aus Solarthermie und PV-Anlage, darstellen wollen, erläutert Bernd Busse. Derartige Anlagen seien zwar möglich, jedoch weniger effizient, teurer und technisch schwierig umzusetzen. Eine Einspeisung des Stroms sei immer möglich, solange eine gewisse Grenze nicht überschritten werde, informiert Bernd Busse weiter. Auch sei eine Direktvermarktung grundsätzlich denkbar. Dahingehend informiert er, dass die Eberwerke mit den Stadtwerken Rosenheim zusammenarbeiten würden, die ausgewiesener Direktvermarkter seien und erläutert ausführlich dieses Prinzip. Die Problematik sei, im Gegensatz zur planbaren Terminmarktmenge, könne man die erzeugte Überschussmenge einer PV-Anlage nicht planen und man müsse diese an der Spotmarktbörse (z. B. European Energy Exchange EEX) verkaufen. Folglich gebe es keinen Festpreis und es bestehe immer ein Preisrisiko. Er könne sich ein solches Modell jedoch in Kooperation mit den Stadtwerken Rosenheim vorstellen.

KRin Angelika Obermayr erkundigt sich nach einer möglichen und sinnvollen Errichtung vertikaler Anlagen als gangbaren Weg für manche Liegenschaften, die hierfür Idealbedingungen (z. B. Südausrichtung der Fläche) aufweisen.

Bernd Busse bejaht grundsätzlich die Möglichkeit der Errichtung vertikaler PV-Anlagen, es sei jedoch eine Einzelfallbetrachtung sowie eine konkrete Berechnung der verschiedenen Modelle erforderlich. Allerdings sei die Energieeffizienz nicht vergleichbar mit entsprechenden Anlagen auf einer Dachfläche und man dürfe diesbezüglich nicht dieselbe Erwartungshaltung haben.

Der LSV-Ausschuss nimmt die Informationen zur Planung und dem Betrieb von PV-Anlagen zur Kenntnis.

TOP 4	Bericht über den Stand der Energieverbräuche und die Klimaschutzmaßnahmen an den kreiseigenen Liegenschaften
-------	--

2021/0494

13

Vorberatung

16. ULV-Ausschuss am 29.11.2021, TOP 6 ö

Sachvortragende(r):

Susanne Kinze, Sachbearbeiterin SG 13, Kreishochbau und Liegenschaften

Susanne Kinze, Sachbearbeiterin SG 13, hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll).

KR Dr. Renate Glaser erkundigt sich nach dem Potenzial der Dachflächen auf den kreiseigenen Liegenschaften im Hinblick auf die dort installierten Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen). Ihr Eindruck sei, dass das Potenzial noch nicht vollständig ausgeschöpft sei und sie erkundigt sich, inwieweit es hier noch zusätzliche Möglichkeiten gebe. Gerade durch den stetig steigenden Stromverbrauch (z. B. durch die Digitalisierung in den Schulen oder durch Raumlüftungsanlagen aufgrund von Covid-19) sei eine Erweiterung bestehender Anlagen erforderlich, so KRin Dr. Renate Glaser.

Susanne Kinze berichtet, dass 2010 die erste Untersuchung der Dächer der kreiseigenen Liegenschaften erfolgte. Dabei wurden bestimmte Dächer für die Ausstattung mit PV-Anlagen empfohlen, die zwischenzeitlich alle umgesetzt wurden. Die Möglichkeit weitere Dachflächen auszuschöpfen bestehe, jedoch gebe es auch eine Vielzahl an ungeeigneten Flächen, beispielsweise aufgrund der Statik.

KR Franz Greithanner bittet um Aufzeigen denkbarer Perspektiven für weitere Einsparmaßnahmen bzw. für die Erzielung noch besserer (energetischer) Ergebnisse die kreiseigenen Liegenschaften betreffend. Dabei bezieht er sich auf Objekte, die künftig Potenzial aufzeigen, bei denen jedoch Handlungsmaßnahmen aufgrund von personellen oder finanziellen Hemmnissen zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sind. Beispielhaft nennt KR Franz Greithanner das Gymnasium in Markt Schwaben, welches mit seiner Klinkerfassade energetisch nicht sinnvoll sei.

Georg Preuß, stellvertretender Sachgebietsleiter SG 13, informiert, dass im kommenden Jahr eine Machbarkeitsstudie zur Generalsanierung des Bauteils 1 des Gymnasiums in Markt Schwaben in Auftrag gegeben wird, mit dem Ziel zukünftig Energie einzusparen. Die im Ergebnishaushalt dargestellten weiteren energetischen Maßnahmen würden, auch aufgrund des im LSV-Ausschuss gefassten Beschlusses, unter der Priorität B geführt werden. Die hierfür erforderlichen Mittel müssten damit im Eckwert zur Verfügung gestellt werden, was aber bis dato nicht erfolgte.

Der LSV-Ausschuss nimmt den Bericht über den Stand der Energieverbräuche und die Klimaschutzmaßnahmen an den kreiseigenen Liegenschaften zur Kenntnis.

TOP 5	Klimaneutralität landkreiseigene Liegenschaften; Antrag der Fraktion ödp/DIE LINKE vom 01.09.2021
-------	---

2021/0455/1

Vorberatung

12. LSV-Ausschuss am 29.09.2021, TOP 11 Ö

Sachvortragende(r):

Susanne Kinze, Sachbearbeiterin SG 13,

Dr. Lisa Ruetgers, Klimaschutzmanagerin des Landratsamtes

Bernd Busse, IB Specht – Ingenieurbüro für Energiewirtschaft und –technik

Susanne Kinze und Bernd Busse halten einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) und gehen dabei auf den Antrag der Ausschussgemeinschaft ödp/DIE LINKE vom 01.09.2021 zur Klimaneutralität der landkreiseigenen Liegenschaften ein. Im Anschluss zeigt Dr. Lisa Ruetgers, Klimaschutzmanagerin des Landratsamtes, den Vergleich des Landkreises mit 14 anderen, überwiegend regionalen Landkreisen im Hinblick auf die Klimaneutralität anhand einer Präsentation auf. Sie informiert, dass diese dem Protokoll beigefügt wird (Anlage 4 zum Protokoll).

Der Landrat bedankt sich bei allen Beteiligten für die umfassende und kompetente Information. Die Verwaltung nehme die Beschlüsse des Kreistages sehr ernst und setze die hohen Anforderungen entsprechend um. Auch anhand der kreiseigenen Bauvorhaben, die teilweise kostenintensiver als in anderen Landkreisen seien, könne man die hohen politischen und ökologischen Standards erkennen. Der Landrat erteilt sodann der Antragstellerin KRin Dr. Renate Glaser das Wort.

KRin Dr. Renate Glaser bedankt sich im Namen der Ausschussgemeinschaft ödp/DIE LINKE für die vollumfängliche Beantwortung des Antrags. Die damit verbundene Arbeit seitens der Verwaltung sei wichtig für den dies- und nächstjährigen Haushalt, um die, für das Klimaziel „Klimaneutralität“, notwendigen Mittel entsprechend zu berücksichtigen. Dahingehend habe der Antrag leider nicht den gewünschten Effekt gehabt, so KRin Dr. Renate Glaser. Als positiv bewertet sie die Erreichung des Klimaziels im Bereich Strom. Der im Rahmen der Präsentation aufgeführte erhöhte Stromverbrauch bedeute lediglich, dass eine Erweiterung der erneuerbaren Energien (z. B. Windkraft, Photovoltaikanlagen) erforderlich sei. Das Ziel im Bereich der Wärmeversorgung, einen Anteil von 90 % durch regenerative Energieträger abzudecken, sei mit aktuell 59 % (bzw. bei Umsetzung geplanter Maßnahmen mit 75 %) nicht erreicht worden. Dieses könne aber auf 2030 ausgedehnt und entsprechende Konzepte zur Zielerreichung erarbeitet werden. Dabei stimme sie zu, dass die Handlungsmöglichkeiten begrenzt und hier, wie bereits durch die Liegenschaftsverwaltung erfolgt, Gespräche mit den Fernwärmeanbietern notwendig seien. Zuletzt nimmt sie Stellung zu den Einsparzielen und bezieht sich auf den Beschluss des Kreistags vom 15.10.2012, wonach 50 % des Energieverbrauchs bis 2030 eingespart werden sollen. Der Landkreis würde sich zwar in die richtige Richtung bewegen, jedoch würden zu wenig Anstrengungen zu Zielerreichung unternommen werden. Hierfür seien planmäßige Mittel im Haushalt notwendig, die eine Bezifferung der Maßnahmen für die Jahre 2022 bis 2030 voraussetzen würden. Diese Übersicht sei für das Gremium notwendig, um planvoll auf das Klimaziel hinarbeiten zu können. Auch die Kompensationsmittel seien im Haushalt zu berücksichtigen. Nach ihrem Kenntnisstand würden diese aktuell bei ca. 40.000 €/Jahr liegen und sie bittet Bernd Busse dahingehend um Erläuterung. Zudem seien die, in der Haushaltsplanung abgebildeten Maßnahmen, in der Priorität B (aktuell ca. 9 Mio.€) in Priorität A einzustufen, sodass diese zur Umsetzung kommen. Derartige Beträge seien zwingend in der langfristigen Finanzplanung bis 2030 zu berücksichtigen. Aus den vorgetragenen Gründen habe die Ausschussgemeinschaft ödp/DIE LINKE Schwierigkeiten dem Haushalt 2022 zuzustimmen, sollten hier keine Nachbesserungen erfolgen, schließt KRin Dr. Renate Glaser ihr Statement ab.

Als Größenordnung nennt Bernd Busse einen Richtwert von ca. 20 €/Tonne für den Erhalt eines sog. Kompensationszertifikats. Dies würde in Summe Kompensationsmittel i.H.v. 20.000 €/Jahr bedeuten.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen und der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der LSV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag von ödp / Die Linke vom 01.09.2021 ist geschäftsordnungsmäßig erledigt.



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 6	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

keine

TOP 7	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

Rainer Lechleitner, Sachbearbeiter SG 13, berichtet über den aktuellen Verfahrensstand im Rechtsstreit zum Erweiterungsbau des Gymnasiums Vaterstetten. Hier kam es zu einem Klageverfahren gegen die von der Gemeinde Vaterstetten erteilte Baugenehmigung durch zwei Nachbarn. Der mündliche Verhandlungstermin erfolgte am 06.10.2021 im Rahmen einer Ortsbegehung durch das Verwaltungsgericht. Nach Ansicht des Gerichts ist die Baugenehmigung rechtmäßig und der gegnerische Anwalt hat daraufhin die Klage zurückgezogen. Die Baugenehmigung ist somit rechtskräftig, die Kosten des Verfahrens trägt der Kläger.

TOP 8	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
-------	---

keine

TOP 9	Anfragen
-------	----------

Der Landrat stellt fest, dass es keine Anfragen gibt und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:59 Uhr. Anschließend folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.